

Der Maler

Organ des Verbandes der

Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends

Abonnementpreis 1,50 M. pro Quartal bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:

Hamburg 26, Alsterterrasse Nr. 10
Sprechstunde: Nordsee 8246

Postcheckkonto:

Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Gegen Wirtschaftsreaktion und Unternehmer-Denkschrift.

Der Bundesausschuß des ADGB, der vergangens Woche wichtigen Beratungen zusammentrat, erläßt folgende Abgebung:

„Die am 12. Mai von der „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ an die Reichsregierung gerichtete neue Denkschrift über Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftskrisis und Abhebung veranlaßt den Ausschuß des ADGB, gegen die allzusehr falsche und irreführende Darstellung über die Grundlagen der deutschen Wirtschaft und die Auswirkungen der von den Gewerkschaften vertretenen Lohn- und Arbeitszeitpolitik die erste Verwahrung einzulegen. Die Unternehmer wiederholen in Denkschriften an die Regierung und in öffentlichen Reden vor ihnen mit allen Machtmitteln vertriebenen Standpunkt, durch Tieffahren der Löhne, verbunden mit noch weiterer Drosselung des Konsums der Massen und durch unerträgliche Verengerung der Arbeitszeit die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft zu überwinden, zu rechtfertigen versucht. Die Gewerkschaften haben demgegenüber stets den von den Arbeitnehmern geforderten Weg als durchaus falsch, als untraglich für die deutschen Arbeitnehmer und auch als die deutsche Wirtschaft verhängnisvoll abgelehnt bekämpft. Sie werden dies auch weiter tun.“

Deutschland krank nicht an einer für seine Wirtschaft schädlichen Entwicklung der Löhne und Arbeitszeit der Arbeitnehmer, sondern an dem Streben der Unternehmer, sich selbst möglichst jedem persönlichen Opfer zu entziehen und einseitig den Arbeitnehmern die Last des Wiederaufbaues der durch den Weltkrieg und seine Folgewirkungen zerstörten deutschen Wirtschaft aufzulegen.

Der Reallohn der breiten Schichten der deutschen Arbeitnehmer ist noch immer sehr viel geringer als in der Vorkriegszeit. Ueber diese Tatsache kann der etwas höher liegende Lohn einiger weniger als die Gesamtwirtschaft der nach unbedeutender Gruppen von Facharbeitern nicht täuscht. Die Löhne in den außerdeutschen Ländern liegen teils ganz beträchtlich über den deutschen Löhnen, selbst wo sie nominell den deutschen Löhnen gleich sind, liegen sie im Gegensatz zu Deutschland im Vergleich zur Vorkriegszeit eine wesentliche Erhöhung, so daß die deutsche Industrie im Wettbewerb mit diesen Ländern von der Lohnseite her heute mindestens nicht ungünstiger als früher gestellt ist.

Die direkten Soziallasten sind, gemessen an der allgemeinen Selbstwertung, nicht über die Belastung in der Vorkriegszeit hinausgewachsen. Soweit durch Entlassungsmaßnahmen und dergleichen früher eine indirekte Soziallast entstand, ist solche längst mit den Demobilisierungsbestimmungen verschwunden. Der Unternehmer ist daher in der Lage, eingeschränkt von sich aus die Arbeits- und Betriebsführung durchzuführen. Das Ausland, das bis zum Kriege auf dem politischen Gebiet hinter Deutschland zurückstand, war nicht, gleichfalls soziale Einrichtungen zu schaffen, deren Nutzen sogar in einigen Ländern beträchtlich über die Aufwendungen der deutschen Wirtschaft hinausgehen.

Die Behauptung, daß Produktion und Güterumsatz nur 70 % des Vorkriegsstandes betragen, während die Löhne der einzelnen Arbeitskraft 60 bis 100 % über dem Vorkriegsstand liegen, ist unsinnig und beweislos. Jeder ist die behauptete Kostensteigerung beweisbar — Lohnsteigerung und Soziallast beweisen sogar das Gegenteil —, noch die Vereinigung der Arbeitgeberverbände irgendeinen Beweis erbringen, daß die Produktivität auf 70 % gesunken ist.

Die Arbeitsintensität ist allgemein gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich geringer. Stärkere Anspannung des einzelnen Arbeiters ist nur im Ausnahmefall an Arbeitszeit mindestens ausgeglichen, wenn es überholt. Aber auch hinsichtlich der Arbeitszeit ist Deutschland im Wettbewerb nicht ungünstiger gestellt, weil das Ausland, meist in sehr viel stärkerem Ausmaß als Deutschland, die Arbeitskraft verkürzt.

Wenn trotzdem die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft bedroht ist, so liegt die Ursache in der volkswirtschaftlich einseitigen Stellungnahme weiterer Unternehmerkreise, die nach wie vor krampfhaft bemüht sind, in Gewerbe, Handel und Bankwesen die kalkulatorisch ungesunden Grundlagen der deutschen Wirtschaft aufrechtzuerhalten, und sich wehren, endlich die nötigen Voraussetzungen für den notwendigen Preisabbau zu vollziehen. Der ADGB hat — bisher leider vergeblich — immer wieder auf die allein von Industrie, Handel und Banken zu schaffenden Voraussetzungen für eine endliche Gesundung hingewiesen.

Die Gewerkschaften sind bereit, alle Schritte zur Steigerung der Produktivität zu unterstützen, aber sie wehren sich dagegen, daß diese Steigerung auf Kosten von Lohn und Arbeitszeit geschieht.

Die Unternehmer sind, wie die Denkschrift und die überall im Reich beobachteten Maßnahmen beweisen, zum Generalangriff auf die Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter gewillt. In dieser ersten Stunde erhebt der Bundesausschuß des ADGB seine warnende Stimme. Die Gewerkschaften nehmen den Kampf auf in dem Bewußtsein, daß sie die kulturelle Zukunft der Masse des deutschen Volkes zu verteidigen und zu sichern haben. Die deutsche Wirtschaft kann nur dann vor gefährlichen und tiefaufwühlenden Kämpfen bewahrt werden, wenn die deutschen Unternehmer endlich begreifen, daß nicht die weitere Verelendung der Arbeiter zur Gesundung führt. Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch höhere, zweckvolle Technisierung, energische Ausschaltung aller überflüssigen und verteuerten Glieder in Industrie, Handel und Geldverkehr, durch Beschränkung auf volkswirtschaftlich tragbare Gewinnquoten und durch endliche Preisgabe des durch Krieg und Inflation schädlich überspannten Produktionsapparates, ohne Rücksicht auf die Interessen der einzelnen.

Der Bundesausschuß erwartet, daß die Reichsregierung dem von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an sie gerichteten Appell, durch Einwirkung auf die Schlichter und durch Verkürzung von Lohnsteigerungen an Arbeiter und Beamte des Staates zur Herabdrückung des Lebenshaltungsstandards des deutschen Volkes beizutragen, nicht folgt, sondern im Gegenteil den Gewerkschaften in ihren dem Volksgangen dienenden Bestrebungen jeden staatlichen Schutz und Beistand gewährt.“

Der gewerkschaftliche Kampf und seine Bedeutung in der Wirtschaft.

In den Entwicklungsjahren der deutschen Arbeiterbewegung stand die Theorie an erster und die Praxis an zweiter Stelle. Deshalb mußten Fehlschläge in dem Augenblick eintreten, als die durch den verlorenen Krieg hervorgerufene Umwälzung eintrat. Die gewerkschaftliche Strategie und Disziplin hat sich bei den verschiedensten Anlässen bewährt, dadurch sind die ursprünglich den Gewerkschaften zugewiesenen Aufgaben — Lohn- und Arbeitszeitfragen — heute überholt beziehungsweise erweitert. Die Frage der Mitwirkung bei der Warenproduktion nach Grundfragen allgemeiner Volksinteressen, somit auch nach höchster Wirtschaftlichkeit, werden heute ganz positiv behandelt, eingehendes Studium der Wirtschaftsgesetze wird gepflegt. Den Grundsatz: „Die Disziplin ist die Mutter aller Siege“, haben die Gewerkschaften immer anerkannt und ihre Erfolge nur ermöglicht, weil sie diesen moralischen Faktor der freiwilligen Unterordnung des einzelnen unter die Beschlüsse der Gesamtheit immer mehr berücksichtigten. Gerade im Wirtschaftsprüfung zeigt sich am allerklarsten, daß, wer nicht demokratisch denkt, also freiwillige Disziplin zeigt, zur Autokratie neigt. Neben vielen andern ist durch die Gewerkschaften der Einzelarbeitsvertrag, der sich im kapitalistischen System immer zum Nachteil des Arbeiters auswirkte, durch den kollektiven Arbeitsvertrag ersetzt. Nunmehr wird sich der Kampf für die Wirtschaftsdemokratie, gegen Wirtschaftsausbeutung fortsetzen.

Die Hindenburgwahl zeigt uns, daß wir noch mehr Aufklärung im demokratisch-republikanischen Sinne zu leisten haben, und da Politik immer eine Widerspiegelung der Wirtschaftsmacht war, heißt das gleichzeitig, daß noch ein recht harter Weg zurückzulegen ist, ehe an die Stelle

des Individualismus der Sozialismus treten wird. Nur Stärke und Geschlossenheit in der Arbeiterbewegung wird dazu beitragen, diesen Weg abzukürzen. Solange wir uns aber den Luxus der Zersplitterung gestatten, in Dutzenden von Verbänden sogenannter verschiedener Weltanschauung organisiert sind und viele den Wert der Organisation überhaupt nicht erkannt haben, sind wir gezwungen, unter Berücksichtigung dieser Machtverteilung in einzelnen Stappen vorwärtszuschreiten. Fördern wird uns dabei die weitere Hebung der Lebenslage der breiten Massen; denn ein hungernder Arbeiter wird sich für großzügige wirtschaftliche Umstellungen niemals begeistern. Das hat die Kriegszwangswirtschaft klar bewiesen.

Die Lohnbewegungen der Vorkriegszeit wurden geführt bei guter weltwirtschaftlicher Lage und ebensolchen Verbindungen Deutschlands. Trotzdem damals Deutschland ein reiches Land war, konnten die Gewerkschaften ihr Ziel, das der Lohnbewegung innewohnte, die Erhöhung der Lebensstandardziffer, nicht voll erreichen, weil die Organisationen nicht stark genug waren. Noch weniger war dieses Ziel in der Nachkriegszeit infolge der Zerrüttung der deutschen und der Weltwirtschaft, innezuhalten. Während der Inflationszeit wurde, um überhaupt einen Gradmesser für die Lohnbildung zu haben, nach dem sogenannten Index, der amtlich errechnet wurde, der Lohn bemessen. Auch heute haben wir noch einen Tiefstand der Wirtschaft, und deshalb wird, trotzdem die Indexzahl verbessert ist, keineswegs bei den Lohnsteigerungen die Standardziffer der Lebenshaltungskosten erhöht. Durch eine unterbezahlte Arbeiterschaft entstehen aber erhebliche Gefahren für die deutsche Volkswirtschaft. Die Kaufkraft wird auf dem inneren Markt geschwächt. Die gesellschaftszerfessenden Tendenzen nehmen infolge Unterernährung, Krankheit, Wohnungsmangel und damit verbundener Verwahrlosung zu. Deshalb ist keineswegs nur im Interesse der Arbeiter die Erhöhung der Löhne erforderlich, sondern das wirkt sich durchaus im Interesse des Volksganges aus. Heute müssen sogar Unternehmerorgane, wie die „Deutsche Gewerkschaftszeitung“, die klägliche Lage der arbeitenden Bevölkerung eingestehen. Ueber das Wirtschaftsprogramm des neuen Jahres sagt Dr. Fritz Kothé dort folgendes:

Eine weitere Senkung der Arbeitslöhne und Gehälter kommt, zumal bei stabilem Preisniveau, heute wohl nicht in Frage; denn die Löhne und Gehälter bewegen sich, wenigstens soweit ihre Höhe von den Erträgen der Wirtschaft unmittelbar bestimmt wird, seit der Stabilisierung der Währung hart an der Grenze des Existenzminimums. Ein zu niedriger Lohnfonds beeinflusst an sich schon die Kaufkraft der breiten Masse und damit auch mittelbar den Grad wirtschaftlicher Produktion.

In demselben Sinne bewegen sich die Ausführungen des Prof. Dr. Wiedenfeld auf der Jubiläumstagung der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft; er sagt dort wörtlich:

So paradox es klingt, es ist doch richtig: Dank der Betonung der Maschinenausnutzung ist eine Verbilligung der Produktion in der Feinindustrie nur durch eine Erhöhung des allgemeinen Lohnstandes für gelehrte Arbeit zu erreichen. Im Kreislauf der Wirtschaft, in dem die Löhne immer wieder Kaufkraft bedeuten, kommt ihre Erhöhung zu erheblichem Teil den zahlenden Unternehmungen wieder zugute, wenn schon mit dem Zeitablauf zwischen Lohnzahlung und Einkauf gewisse Gefahren heutzutage sicherlich verbunden sind.

Ueber die Steigerung der Produktion durch die Lohnbildung sagt schon der Vater der Nationalökonomie, Adam Smith, im Jahre 1775 im „Reichtum der Nationen“:

Der Arbeitslohn ist die Aufmunterung zum Fleiß, der, wie jede andere menschliche Eigenschaft, in dem Grade zunimmt, als er Aufmunterung erfährt. Reichliche Nahrung stärkt die Körperkräfte des Arbeiters, und die wohlthuende Hoffnung, seine Lage zu verbessern und seine Tage vielleicht in Ruhe und Züße enden zu können, reizt ihn, seine Kräfte auf das äußerste anzustrengen. Darum findet man da, wo der Arbeitslohn hoch ist, die Arbeiter immer tätiger, fleißiger und rüstiger, als da, wo er niedrig ist.

Was zu einem gewissen Maße werden diese Grundzüge für die Entlohnung in Amerika heute durchgeführt. Der amerikanische Arbeiter kann für etwa die gleiche Arbeitszeit wie in Europa sich die gleiche Lebenshaltung wie sein deutscher Arbeitskollege leisten und hat noch einmal denselben Betrag für höheren Lebensgenuss oder für Erparnis frei. Dabei sind keineswegs die höchsten Löhne herangezogen, wie zum Beispiel die für Maurer und Steinmetze, die infolge ihrer strengen Organisation 250 Goldmark Wochenverdienst haben, oder die berühmte Automobilfabrik von Ford, die niemand für die Arbeitsstunde weniger als 3 M. zahlt und wo doch fast zwei Drittel der Arbeiter darüber hinaus sind. Dabei sei bemerkt, daß

was erkannt; Geselle, der was kann; Lehrling ist jeder-
ann." Dabei mit dem „Erfinden“ beileibe nicht etwa
Auslegung von Gesetzesparagrafen gemeint war.
Unerfreulich, weil den wirklichen Interessen unserer
Kollegen entgegenstehend, ist die erneute Zunahme der
Überstunden. So melden 84 Betriebe mit 966 Beschäftigten,
daß Überstunden gemacht werden; in 16 Betrieben mit
8 Beschäftigten wird nach Bedarf länger gearbeitet,
Betriebe mit 1959 Beschäftigten halten die tarifliche
Arbeitszeit ein, und für 24 Betriebe sind keine An-
gaben gemacht worden. Unsere Kollegen sollten daran
halten, daß Überstunden nur in dringenden Fällen
und unter Einhaltung der tariflichen Bedingungen
gemacht werden. Der Winter ist für uns ein
schwerer Geselle, und wenn zuseit auch noch keine
Sache zu Befürchtungen über ein Abflauen der Kon-
junktur vorhanden ist, so lehrt doch die Erfahrung, daß die
Unternehmer, so wenig sie jetzt zu einem Entgegenkommen
bereit sind, bei einem Nachlassen der Aufträge gar nicht
an denken, ihre Gehilfen auch nur eine Stunde länger
zu beschäftigen, als es mit dem für unumgänglich not-
wendigen Geschäftsergebnis vereinbar erscheint.

Gegen die Zölle.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Ge-
werkschaftsbundes befaßte sich am 12. Juni unter anderem
mit der Schutzollvorlage der Regierung. In der Aus-
sage kam die entschiedene Ablehnung der Zollvorlage
durch die Vertreter der Zentralvorstände der freien Ge-
werkschaften klar zum Ausdruck. Einstimmig gelangte
folgende Entschließung zur Annahme:
„Der Bundesausschuß des ADGB billigt die Haltung
seiner Vertreter im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, die
ihre Stellungnahme zu einem Zolltarif für den Ab-
satz von Handelswaren bestrebt waren, den Massen-
verbrauch in Deutschland nicht zu belasten und dem zoll-
freien Warenverkehr unter den Völkern die Wege zu
öffnen. Wo sie bei den Abstimmungen in der Rinderheit
geblieben, haben sie ihren Standpunkt durch ausführliche Er-
läuterungen begründet.
Die nunmehr veröffentlichte kleine Zollvorlage der
Regierung steht im Widerspruch zu dem Standpunkt, den
den Vertretern der freien Gewerkschaften im Zollauss-
chuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats verfochten wor-
den ist. Sie ist unvereinbar mit den Lebensinteressen der
deutschen Volksmassen. Sie geht nicht nur bei einer großen
Mahl industrieller Positionen — Eisenwaren, Holzwaren,
Textilien — über die vom Zollausschuß in seinen Gutachten
die Regierung vorgeschlagenen Zollsätze weit hinaus,
sondern auch ungemein hohe, die Lebenshaltung der Ar-
beiterschaft unmittelbar belastende Agrarzölle vor, Zölle auf
Fleisch und Mehl, besonders aber die Vorkriegszölle
auf Brotgetreide als Mindestsätze. Diese Zollvorlage, zum
Teil erhoben, würde in ihren Auswirkungen zu einer
verhängnisvollen Lebensverteuerung der Arbeiterschaft, in
weiterer Folge zur Verminderung der Kaufkraft des deut-
schen Volkes, zur Behinderung eines aufnahmefähigen
Inlandsmarktes, zur Beeinträchtigung der Exportfähigkeit
Deutschlands führen.
Zudem hat die Vereinigung der Deutschen Arbeit-
geberverbände an Regierung und Arbeitsministerium das
dringende Ersuchen gerichtet, dem Drängen der Arbeit-
erschaft nach einem Ausgleich ihrer Lebensverteuerung mit
entsprechender Entgeltentwertung.
Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerks-
chaftsbundes erhebt hiermit schärfsten Einspruch gegen eine
Wirtschaftspolitik, die auf der einen Seite durch Schutzölle
die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft verteuert, auf
der anderen Seite einen Ausgleich in Form von Lohn-
erhöhungen ablehnen möchte.
Er fordert insbesondere Zollfreiheit für alle indu-
strieellen Rohstoffe, Halbzeuge und notwendigen Bedarfs-
gegenstände, ferner für Brotgetreide und alle wichtigen
Nahrungsmittel, besonders Mehl und Kartoffeln, Schlachtwie-
derfleisch und für alle notwendigen Futtermittel. Er
fordert an Regierung, Reichsrat und Reichstag das dring-
ende Ersuchen, die Zollfreiheit in diesem Sinne umzu-
zusetzen und weiterhin Vorkehrungen zu treffen, daß in den
Handelsverträgen nicht Industriezölle festgesetzt werden, die
zur Vertierung der Lebenshaltung der arbeitenden Be-
völkerung führen. Der Ausbau der Wirtschaft in Deutsch-
land erfordert gebieterisch eine Wirtschaftspolitik, die das
hohe Gut des deutschen Volkes, die Arbeitskraft, schützt
und erhält.“
Die Zentralvorstände haben sich im Geist dieser Ent-
schließung einstimmig bereit erklärt, sich an der plan-
mäßigen Abwehraktion gegen die schutzöllnerischen Be-
schlüssen von Regierung, Industrie und Landwirtschaft
aktiv zu beteiligen und für diese Zwecke 10 % pro
Mitglied, insgesamt also 750 000 M., zu bewilligen.

Aus unserm Beruf.

Weimar. In verschiedenen Malerzeitungen lehren
regelmäßig Inserate wieder, nach denen die Weimarer
Firma Brehm & Ehrhardt, Buchbinderstraße, Malergehilfen
sucht. „Eintritt kann gleich ohne Anmeldung erfolgen“,
oder ähnlich heißt es seit einem halben Jahre in den
Inseraten. Weimar als bekannter Ort übt immer noch
auf jüngere Kollegen eine gewisse Zugkraft aus, die irgend-
wanders ihre sichere Stellung aufgeben, um bei genannter
Firma in Arbeit zu treten. Kommen diese Kollegen aber
in Weimar, so werden sie meistens nicht eingestellt oder
nach 2 bis 3 Tagen wieder entlassen. Organisierte Kollegen
in Weimar stellt die Firma Brehm & Ehrhardt überhaupt
nicht ein. Was mit diesen dauernden Inseraten die nur
zu geringen Aufträgen versehenen Firma eigentlich be-
zweckt, ist nicht bekannt; anzunehmen ist, daß dies nur als
Klaffe geschieht.
Die Weimarer Ortsverwaltung des Verbandes der
Kastrierer usw. sieht sich gezwungen, mit dieser An-
wesenheit an die Öffentlichkeit zu gehen, da zahlreiche
Kollegen, die auf Grund der versprochenen Inserats nach
Weimar gekommen sind, wiederholt im oben ausgeführten

Sinne Klage über genannte Firma geführt haben. Aus-
wärtige Kollegen mögen sich diese Zeilen als Warnung
dienen lassen.

Baugewerbliches.

Die Essener Bauausstellung und das Handwerk. Auf
der Essener Bauausstellung wird das Baugewerbe in vollem
Maße zur Geltung kommen. In den Abteilungen Bau-
stoffe und Baukonstruktionen wird die Verarbeitung aller
Baustoffe zu sehen sein, vom Ziegel bis zum Glas, vom
Fenster bis zum Fußboden und zur Tapete. Auch das In-
stallationsgewerbe, das Stuck-, Schreiner-, das Ramin-
leher- und das Töpfergewerbe sind vertreten. Einrichtun-
gen für die Verhütung von Unfällen im Bauwesen, zahl-
reiche neuere Baukonstruktionen und auch die modernsten
Baumaschinen und Geräte werden auf der Ausstellung zu
sehen sein. Die Gruppen „Industriebau“ und „Deutsches
Bauwesen“ werden für ein allgemeines Interesse an dieser
Veranstaltung wirken. Die Ausstellung hebt sich auf Grund
ihres fachlichen Charakters ab von Ausstellungen, die in
Deutschland mitunter in die Wege geleitet worden sind.
Handwerk und Gewerbe vertreten auch nur gute sachliche
Darstellungen in einem Zusammenhang mit der Fachwelt.
Die Ausstellungen „Industriebau“ und „Deutsches Bau-
wesen“ werden dazu beitragen, zu zeigen, wie das gesamte
Handwerk in der Lage ist, mitzuwirken an großen Auf-
gaben, die dem Bauwesen bevorstehen. Moderne Industrie-
bauten und moderne Wohnungsbauten sind die wichtigsten
Aufgaben des deutschen Bauwesens in den nächsten Jahren.
Die Vorbilder, die die deutschen Architekten und Ingenieure
auf dieser Ausstellung aus ganz Deutschland zeigen wollen,
werden belebend und anregend auf den Baumarkt ein-
wirken. Mag auch der Baumarkt durch die wirtschafts-
politischen Schwierigkeiten noch so behindert sein, der
Wunsch zu bauen und schön zu bauen, kann nur gefördert
werden durch ein gutes Vorbild, und die Vorbilder aus
ganz Deutschland einmal beisammen zu sehen, ist von
außerordentlichem Wert. Es ist erfreulich, daß auch bau-
gewerbliche Einrichtungen ihr Interesse für diese Bauaus-
stellung bekundet haben und sie durch Tagungen, Vorträ-
gen usw. unterstützen wollen. Nähere Mitteilungen
gibt das Bureau der Bauausstellung, Essen, Bureauhaus
Glinka.

Gewerkschaftliches.

Die Bundesausschüttung des ADGB am 12. und
13. Juni beschäftigte sich nach der Stellungnahme zu der
Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände
und zur Schutzollvorlage mit dem gewerkschaftlichen Or-
ganisationsproblem. Seit dem Leipziger Gewerkschafts-
kongress, der Bundesvorstand und Bundesausschuß
beauftragt hatte, einen Plan für den organischen Aufbau
von Industrieverbänden vorzulegen, ist die Organisations-
frage in einer zu diesem Zweck eingesetzten Kommission
erörtert worden. Die Abgrenzung der Industrien wurde
an Hand eines vorläufigen Schemas zwischen den beteilig-
ten Verbänden Anfang dieses Jahres besprochen. Die Be-
ratungen der Kommission, die nach diesen Verhandlungen
wieder aufgenommen wurden, führten zwar nicht zu einem
einmütigen Ergebnis, aber doch zu einer bedeutsamen Klä-
rung der Anschauungen. Die Anhänger der Industriever-
bände haben dem Ausschuß einen Plan vorgelegt, der so-
wohl abgemessene Richtlinien für die Schaffung von In-
dustrieverbänden aufzuzeigen versucht, wie im einzelnen
den organisatorischen Aufbau und den Wirkungsbereich der
zu schaffenden Industrieverbände darzulegen unternimmt.
Nach Überzeugung dieser Gruppe ist es durchaus möglich,
einen einheitlichen Plan zur Durchführung zu bringen.
Dieser Auffassung widerspricht eine zweite Gruppe, die eine
Organisationsumformung der Gewerkschaften im Sinne
des Leipziger Beschlusses nicht für sachlich notwendig hält,
da die industrielle Konzentration sich weder so einheitlich
und schnell noch in der Richtung vollzieht, wie von der ersten
Gruppe angenommen wurde. Sie hält einen Umbau der
Gewerkschaften auf Grund des Leipziger Beschlusses durch
gegenseitige Vereinbarungen nicht für möglich und erklärt es
für ungewiss, die bisherige organische Entwicklung
durch gewaltsame Eingriffe stören zu wollen. Eine dritte
Gruppe hält zwar die zwangsweise Durchführung des Neu-
aufbaues der Gewerkschaften nicht für angebracht, aber sie
erkennt doch, im Gegensatz zu der zweiten Gruppe, die
grundtägliche Wichtigkeit der dem Leipziger Beschluß zu-
grunde liegenden Auffassung über den Einfluß der wirt-
schaftlichen Entwicklungstendenzen auf die Gestaltung des
Organisationsaufbaues an. Auch sie wendet sich gegen eine
zwangsweise Lösung und hält eine gesunde Entwicklung
nur durch gegenseitige Verständigung der beteiligten Ge-
werkschaften über die zweckmäßige Abgrenzung der Organi-
sationsgebiete oder Zusammenlegung von Organisationen
für möglich. Den beiden letztgenannten Gruppen gemein-
sam ist die Auffassung, daß neben der Vereinheitlichung
der Verwaltung usw. ein Ausbau der Bundeseinrichtungen
für die gemeinsame Interessenvertretung auf wirtschaft-
lichem, wirtschaftspolitischen, sozialpolitischem und recht-
lichem Gebiet wünschenswert sei. Der Bundesvorstand hat
zu der Organisationsfrage erst Stellung genommen, als
Anfang Juni das Ergebnis der Beratungen der Kommission
vorlag. Seine Meinung geht dahin, daß zwangsweise durch
einen verbindlichen Kongressbeschuß eine Lösung des Or-
ganisationsproblems nicht möglich ist. Dagegen glaubt er,
durch eine Aenderung der Bundesausschüttungen die erstrebte
Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte fördern zu
können. Schließlich wurde beschlossen, die Verhandlungen
darüber auszufragen, um den Vorständen der Verbände Ge-
legenheit zu geben, die dem Bundesausschuß gemachten
Vorschläge noch einmal zu prüfen. Die nächste Bundes-
ausschüttung soll darüber endgültig entscheiden. Der
Bundesvorstand beabsichtigt, im Bundesbureau eine Abtei-
lung für Gewerbehygiene zu errichten. Von der
weit überwiegenden Mehrheit der Mitglieder wurde an-
erkannt, daß durch diese Erweiterung des Bundesbureaus
nicht nur einem dringenden und häufig erstundenen
Rangier abgeholfen wird, sondern daß es sich hier um einen

Aufgabenkreis handelt, der wirksam nur von der Bundes-
leitung in Angriff genommen werden kann. Aus den Ver-
handlungen ergab sich, daß die Delegierten sich für die aus
diesen Gründen notwendige Erhöhung der Bundes-
beiträge bei ihren Vorständen einsetzen werden. Ueber
die Aenderungen der Bundesausschüttungen wird endgültig erst
in der am 3. und 4. Juli tagenden Ausschüttung ent-
schieden werden.

Sozialpolitisches.

Lohnerrhöhungen und Inflation. Das von den Unter-
nehmerorganisationen und der großkapitalistischen Presse mit
dem Aufwand allerlei Materials verbreitete Gerücht, daß
Lohnerrhöhungen eine neue Inflation bedeuten, hat selbst
die Führer der Bewegung, die Reichsbank, auf den Plan
gerufen. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Verbandes
deutscher Industrieller teilt das Reichsbankdirektorium
folgendes mit:
„Die Annahme, daß die deutsche Währung wieder in-
flationistische Momente zeige, worauf die immer stärker
einsetzenden Lohn- und Preisbewegungen, die nur durch
eine Geldentwertung zu erklären seien, hinweisen sollten,
erscheint uns abwegig. Es sind allerdings im Herbst
vorigen Jahres, ebenso auch zu Beginn des laufenden
Jahres auf vielen Gebieten Preissteigerungen zu ver-
zeichnen gewesen. Der Großhandelsindex ist von 115,0 im
Durchschnitt des Monats Juli 1924 auf 132,2 im Monat
Oktober und auf 188,2 im Monat Januar 1925 gestiegen,
um, auf den Stichtag des 15. April dieses Jahres berechnet,
wieder auf 181,4 zurückzugehen. Diese Bewegungen stellen
aber keineswegs nur eine innerdeutsche Sonderentwicklung
dar, sondern stehen im Zusammenhang mit der Preis-
bildung am Weltmarkt und sind, soweit die Preise für land-
wirtschaftliche Erzeugnisse die Gestaltung der Indizes
beeinflussen, auch durch den schlechten Ausfall der deutschen
Ernte des letzten Jahres mitbedingt. Die Schwankungen
des Preisniveaus berechtigen daher durchaus nicht ohne
weiteres zu dem Schluß, daß hierbei Kaufkraftveränder-
ungen auf der Geldseite vorliegen. Schließlich möchten
wir noch betonen, daß die Stellung der Reichsbank heute
so stark ist, daß sie ohne weiteres allen Bedrohungen der
Währung entgegenzutreten vermag. Wir müssen es aufs
schärfste betonen, daß durch unverantwortliche Zeitungs-
artikel eine Atmosphäre des Mißtrauens gegen die Wäh-
rung geschaffen wird. In einer Zeit, in der eine ruhige
Entwicklung, namentlich im Hinblick auf die fortgesetzten
Bemühungen zur Wiederbelebung des Sparbetriebes
doppelt wünschenswert erscheint.“
Diese Zurückweisung der Schauermärchen der Unter-
nehmer durch die Direktion der Reichsbank läßt an Deut-
lichkeit nichts zu wünschen übrig. Wir sind trotzdem nicht
so tölpelhaft zu hoffen, daß derartige Verdrehungen in der Zu-
kunft unterbleiben.
Die Zölle entsetzen. Darüber bringt das „Berliner
Lageblatt“ einige Beispiele aus den Zollverhandlungen des
Reichswirtschaftsrates, bei denen die „Sachverständigen“
vernommen werden. Es zeigt sich dabei, daß viele In-
dustrielle sich so stark vom Zollschutz leiten lassen, daß sie
die Logik ganz vergessen und in offene Widersprüche geraten;
da sieht man, daß „Interessent“ und „Sachverständiger“ doch
nicht ein und dasselbe ist.
Beispiel 1. Die Industrie für gewöhnliche Haushalts-
bürsten und Besen verlangt einen Zollsatz, der vier- bis
fünfstufig so hoch sein soll als bisher. Die Vertreter der
Regierung sind überrascht und verlangen eine Begründung.
Der „Sachverständige“ Fabrikant legt darauf eine Bürste vor,
die aus der Tschechoslowakei nach Deutschland massenhaft
zu 3 M. das Duzend eingeführt wird, während sich die deut-
schen Herstellerkosten auf 4 M. belaufen. Der Preisunter-
schied rührt daher, so beleuchtet der „Sachverständige“, daß
das Holz und die Löhne in Böhmen viel billiger seien als
bei uns. Auf eine Anfrage mußte aber der Industrielle
erklären, daß die Inflation sich folgendermaßen zusammen-
stelle: Die Wurzelhafer für ein Duzend Bürsten koste allein
2,80 M., hierzu komme 1,20 M. für Messingdraht, Holz,
Lohn. Nun kommt aber die Wurzelhafer aus Amerika, was
also von den Tschechoslowaken ebenso hoch bezahlt werden
wie von den Deutschen, und sie macht allein fast den ganzen
böhmischen Preis aus? Es muß also etwas nicht
stimmen.
Beispiel 2. Von einem andern Sachverständigen wird
ein Besen gezeigt, der aus Italien und Elßaß eingeführt,
ungefähr nur soviel kostet, wie das unverarbeitungste Reichs-
stroh! Reichstroh wächst weder in Italien noch im Elßaß,
wird auch dort von auswärts eingeführt, muß also doch
genau so viel kosten wie in Deutschland. Es stimmt also
wieder etwas nicht!
Dazu möchten wir etwas bemerken, was das „Berliner
Lageblatt“ nicht sagt: Diese Beispiele zeigen, was für ein
großes Feld für die prüfende, kontrollierende Mitarbeit der
Arbeiterschaft vorhanden ist. Der Ansturm, den die Unter-
nehmer so oft den unerfahrenen, außerordentlichen Kommen-
ten sie der Regierung vorbringen, um ihre Sonderwünsche
zu erfüllen, wäre nicht möglich, wenn die denselben In-
dustriezweig angehörenden Arbeitnehmer ernst und tätig ein-
greifen würden. Das Betriebsrätewesen und der paritätische
Aufbau des Reichswirtschaftsrates sollten — so meinte man
vor etwa 4 Jahren — der Arbeiterschaft diese Aufgabe er-
möglichern. Warum wird sie nicht erfüllt? Vieles hängt an
den Organisations- und Gesetzesmängeln, aber vieles an den
Arbeitern selbst.
Die gesetzliche Regelung von Betriebsvereinbarungen
dürfte in dem eben fertiggestellten Entwurf zu einem
Tarifvertragsgesetz mit vorgezogen sein. Der Ent-
wurf ist zwar noch nicht veröffentlicht, doch ist aus manchen
amtlichen Äußerungen zu entnehmen, daß Betriebsverein-
barungen mit Tarifverträgen (unter Vorrang der letzteren)
gleichgesetzt werden. Industrielle Unternehmer werden
bereits seit langem für solche Betriebsvereinbarungen, so-
genannte „Werktarife“ Stimmung. Ihre Mißstimmung liegt
auf der Hand. Sie möchten vielleicht bereit aus unter
Gewährung scheinbarer Vorteile, Betriebsverträge mit ihrer
Delegierten abschließen, damit sie die Gewerkschaften aus-
spionieren und diese um Einfluß und Macht bringen können.
Indessen gibt es auch andere Kreise, die aus objektiver

